

Indien im „Superwahljahr“ 2017

BJP festigt ihren politischen Gestaltungsanspruch

Thomas Stauber

Aus der ersten Phase des indischen „Superwahljahres“ 2017 mit *Assembly Elections* in den fünf Bundesstaaten Uttar Pradesh, Uttarakhand, Punjab, Manipur und Goa ist die BJP als eindeutiger Sieger hervorgegangen. In Manipur und Goa stellt sie Minderheitsregierungen, in Uttarakhand und Uttar Pradesh hingegen kann man von einem „Durchmarsch“ der BJP sprechen, bei dem sie 46,5 Prozent beziehungsweise 39,7 Prozent der Stimmen holen konnte. Einzig im Punjab stellt die Kongress-Partei die Regierung. Auf der makropolitischen Ebene zeigt sich, dass die BJP mit den Wahlen ihre politisch-gesellschaftliche Macht ausbauen und festigen konnte. Dass sich dies mit den Ende des Jahres in Gujarat und Himachal Pradesh stattfindenden Regionalwahlen fortsetzen lässt, ist wahrscheinlich.

Safran im Fisch-Curry: In Goa stellt die BJP die neue Regierung

Die Wahlen im kleinsten Bundesstaat Goa hielten durchaus einige Überraschungen bereit: Manohar Parrikar von der BJP, bis vor kurzem noch indischer Verteidigungsminister, wurde überraschend schnell als Goas neuer Regierungschef vereidigt. In zweierlei Hinsicht ist dies kurios: Zum einen war Parrikar nicht als Spitzenkandidat der BJP durch die Wahlkreise seines Heimatstaates getingelt. Die BJP hatte im Wahlkampf auf die „ganz großen Namen“ wie Premier Modi und Parteichef Shah gesetzt. Zum anderen, und das ist die eigentliche Überraschung, war aus den Wahlen die Kongress-Partei mit 17 von insgesamt 40 Sitzen als stärkste Kraft hervorgegangen. Kurioserweise aber wurde Parrikar, dessen BJP nur 13 Sitze für sich gewinnen konnte, von der Gouverneurin Kraft ihres Amtes mit der Regierungsbildung beauftragt. Daraufhin hatte die Kongress-Partei Protest eingelegt und das Oberste Gericht angerufen, das jedoch keinen Handlungsbedarf sah und stattdessen „grünes Licht“ für eine Regierungsbildung durch die BJP gab.

Vertreter der Kongress-Partei und einige Juristen kritisierten, die Gouverneurin habe das sonst übliche Verfahren ignoriert, zunächst die Partei mit den meisten gewonnenen Sitzen mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Parrikar sei vorgeprescht und habe eiligst eine Liste mit 22 Abgeordneten vorgelegt, die in eine Koalition unter Führung der BJP eingewilligt hätten. Darunter sind auch drei Parlamentarier von *Goa Forward*, einer jungen Außenseiter-Partei, die im Wahlkampf eine Anti-BJP-Kampagne gefahren hatte. In einem überraschenden Zug hatte sich ihr Spitzenkandidat plötzlich doch für eine Koalition mit der BJP ausgesprochen. Der Großteil ihrer Wähler zeigte sich daraufhin empört, der Parteivorsitzende Prabhakar Timble trat aus Protest zurück. Die AAP, die in Goa leer ausging, bezeichnete die Regierungsbildung als „antidemokratischen Vorgang“.

Manipur: Mr. 10 Percent tritt ab

Mit Nongthongbam Biren Singh wurde der erste BJP-Regierungschef in der Geschichte Manipurs vereidigt. Nach Assam und Arunachal Pradesh ist Manipur der dritte nordöstlichste Bundes-

staat seit 2014, der von der BJP regiert wird. Ähnlich wie in Goa hatte Manipurs Gouverneurin die BJP mit der Regierungsbildung beauftragt, obgleich die Modi-Partei weniger Sitze als der Kongress gewonnen hatte. Auch hier argumentierten einige Juristen und unabhängige Beobachter, dass zunächst die Partei mit der Sitzmehrheit hätte beauftragt werden müssen. Doch die Gouverneurin bügelte die Einwände ab und berief sich dabei auf das Gerichtsurteil zur Regierungsbildung in Goa. Von den insgesamt 60 Sitzen waren 28 an die Kongress-Partei gegangen, die damit die eigentlich stärkste Kraft im Parlament geworden war. Da jedoch die BJP unter Biren Singh mit ihren Koalitionspartnern aus den kleineren regionalen Parteien eine Mehrheit von insgesamt 32 Abgeordneten vorweisen kann, bildet sie nun die Regierung. Zu ihr gehören neben der BJP die *National People's Party*, NPP, die *Naga People's Front*, NPF (jeweils mit vier Vertretern), die *Lok Janshakti Party*, LJP (mit einem Abgeordneten), sowie ein Abgeordneter vom *All India Trinamool Congress*.

Umstritten ist die Postenbesetzung des Vize-Regierungschefs. Biren Singh hat den NPP-Politiker und ehemaligen Po-

lizeichief Yumnam Joykumar zu seinem Stellvertreter gemacht. Als Polizeichief unter der damaligen Kongress-Regierung wird er mitverantwortlich gemacht für hunderte „extralegale Tötungen“ (*extrajudicial killings*) durch Regierungs- und Polizeitruppen an mutmaßlichen Naga-Rebellen. Der vormalige Regierungschef von der Kongress-Partei, Okram Ibobi Singh, trat am 13. März zurück, um den Weg zur Neubildung einer Regierung frei zu machen. Er hatte den Bundesstaat 15 Jahre lang mit eiserner Hand regiert. Ibobi Singh war der am längsten regierende Chief Minister in Indien seit der Unabhängigkeit. Wiederholt wurde er der Korruption bezichtigt, US-Geheimdienstberichte bezeichneten ihn auch als „Mr. 10Percent“, der bei Vertragsvergaben durch die Regierung große Summen in die eigene Tasche steckte.

Kongress-Urgestein gewinnt im Punjab

Von den fünf Wahlen konnte die Kongress-Partei lediglich im Punjab einen Sieg einfahren. Dabei gewann sie 77 von insgesamt 117 Sitzen. Amarinder Singh, Captain der indischen Armee und Kongress-Urgestein, wurde am 16. März gemeinsam mit neun weiteren Ministern in sein Amt eingeführt. Dank der breiten und sichtbaren Präsenz im Bundesstaat und ihres Aushängeschildes Amarinder Singh, der das Image eines politischen Haudegens verkörpert, konnte die Kongress-Partei mehr Stimmen für sich mobilisieren.

Die ehemals regierende regionale Sikh-Partei Shiromani Akali Dal (SAD) und die BJP kamen zusammen lediglich auf 18 Sitze, obwohl ihr in den Prognosen gute Chancen zugeschrieben worden waren. Auch die AAP machte sich große Hoffnungen, über den Punjab in anderen Bundesstaaten Fuß zu fassen. Dies gelang nicht, die „Partei des kleinen Mannes“ kam auf lediglich 20 Sitze. AAP-Parteichef Kejriwal äußerte Zweifel an den Wahlergebnissen und forderte eine Untersuchung, da es in verschiedenen Wahlbezirken, in denen Wahl-

maschinen zum Einsatz kamen, zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei.

Anti-Incumbency in Uttarakhand

Im nördlichen Uttarakhand erhielt die BJP mit 46,5 Prozent der Stimmen ein beinahe überwältigendes Votum. Während die „Indische Volkspartei“ 57 von insgesamt 70 Sitzen ergatterte, entfielen auf die Kongress-Partei nur 11, zwei Sitze gingen an Unabhängige. Nach den sehr knappen Wahlausgängen zwischen Kongress und BJP bei den letzten Parlamentswahlen war der eindeutige Wahlsieg mit einer komfortablen Dreiviertelmehrheit eine große Überraschung. Der Kongress hatte seinen Wahlkampf stark auf die Person ihres *Chief Ministers* Harish Rawat zugeschnitten und versucht, dessen politische Erfolge im Himalaya-Bundesstaat hochzuhalten. In Uttarakhand kam jedoch der sogenannte *Anti-Incumbency*-Effekt voll zum Tragen und fügte der Kongress-Partei großen politischen Schaden zu. Hinzu kamen interne Querelen, Rebellionen und „Überläufe“ hochrangiger Mitglieder zur BJP sowie der kurzzeitig verhängte regionale Ausnahmezustand 2016 (*president's rule*). Dem Kongress war es nach einhelliger Meinung nicht gelungen, im Bundesstaat eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen, neue Jobs in größerer Zahl zu schaffen oder Antworten auf die Frage der Migration in die Städte zu finden.

Von all diesen Faktoren konnte die BJP großzügig profitieren. Auch in Uttarakhand hatte sie auf Premier Modi als ihren größten „Fürsprecher für Entwicklung“ gesetzt und keinen regionalen Spitzenkandidaten ins Rennen geschickt. Die Entscheidung darüber, wer schließlich den Posten des *Chief Ministers* bekleiden darf, ist noch nicht gefallen und soll alleinig beim Parteivorsitzenden und Wahlstrategen der BJP, Amit Shah, liegen.

„Modis Marsch“ durch Uttar Pradesh

Der Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) gilt als *Hindu-Heartland*. Er ist nicht

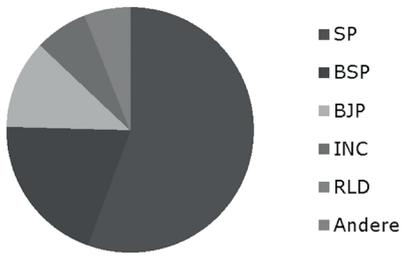
nur der bevölkerungsreichste, sondern mit etwa 180 Millionen Wahlberechtigten auch der politisch wichtigste. Die BJP hat mit ihrem Wahlsieg in UP die politische Tektonik Indiens verschoben, darin sind sich viele Beobachter einig. Es stimmten 39,7 Prozent für die Modi-Partei: Sie konnte 312 von insgesamt 403 Sitzen (325 Sitze gingen an die BJP und ihre Koalitionspartner) für sich gewinnen. Die BJP legt das Ergebnis primär als Votum für Modis Politik der „moralischen Säuberung“ (*Demonetisation, Surgical Strikes*) aus. Folgerichtig berief sie den als Hindutva-Hardliner geltenden Yogi Adityanath in das Amt des Ministerpräsidenten. Doch in UP spielt die Stimmenmobilisierung entlang der Religionszugehörigkeit und der Polarisierung ebenfalls eine entscheidende Rolle. Die BJP bediente im Wahlkampf stets anti-muslimische Ressentiments: Wiederholt wurde die Bedrohung der Hindumehrheit durch die muslimische Minderheit an die Wand geworfen. In den Wahlprognosen war man zuvor von einem knappen Rennen zwischen der Samajwadi-Partei (SP) unter Akilesh Yadav einerseits und der BJP andererseits ausgegangen. Mit einem so eindeutigen Sieg hatte man jedoch nicht gerechnet. Die SP konnte nur 47 Sitze für sich gewinnen (und 21,8 Prozent der Wählerstimmen holen). Die BJP hatte auch in UP alles auf die Modi-Karte gesetzt. Einen lokalen Spitzenkandidaten gab es nicht, stattdessen tourte Modi auf einer Roadshow durch die Städte und Dörfer. Im Duell „Yadav gegen Modi“ führte der Premier seinen Feldzug für ein sauberes und korruptionsfreies Indien fort. Mit dem erdrutschartigen Sieg in UP und zwei Dritteln der indischen Bevölkerung unter einer BJP-Regierung scheinen die Weichen gestellt zu sein für einen weiteren Modi-Wahltriumph bei den landesweiten Wahlen 2019.

Zum Autor:

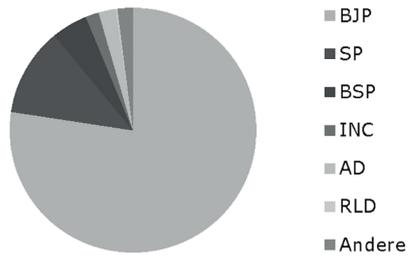
Thomas Stauber (Name geändert) ist Soziologe und freier Autor und befasst sich unter anderem mit sozialen Bewegungen, politischen Prozessen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Indien.

Wahlergebnisse der Landtagswahlen in fünf Bundesstaaten im Vergleich:

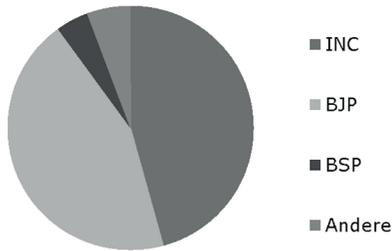
Uttar Pradesh 2012



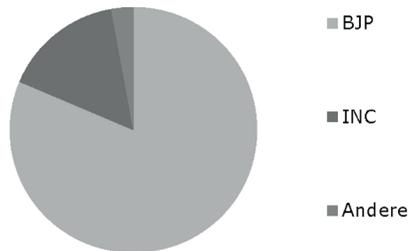
Uttar Pradesh 2017



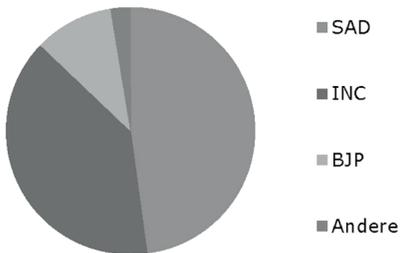
Uttarakhand 2012



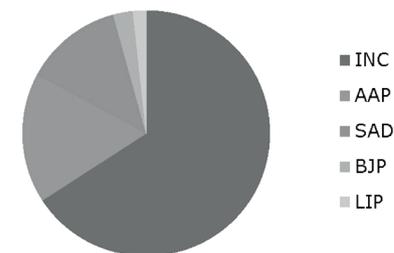
Uttarakhand 2017



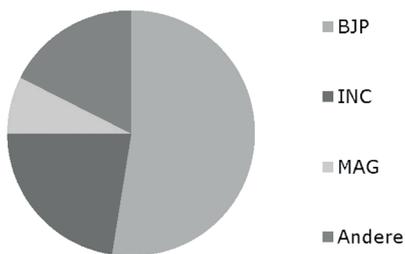
Punjab 2012



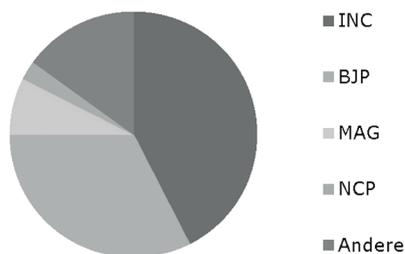
Punjab 2017



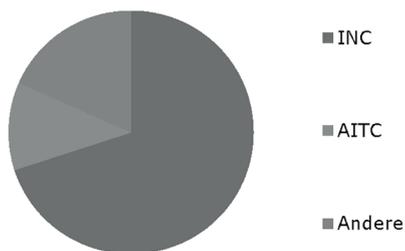
Goa 2012



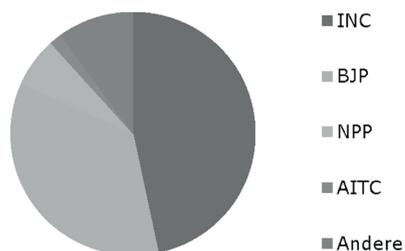
Goa 2017



Manipur 2012



Manipur 2017



Quelle: Verändert nach Konrad-Adenauer-Stiftung (2017); Rückenwind für Premierminister Narendra Modi, Länderbericht Indien, März 2017, abrufbar via www.kas.de/indien